

II-1870 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1036 /J

1991 -05- 10

ANFRAGE

der Abgeordneten Langthaler, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend würdelose Behandlung von BürgerInnen durch Dr. Lenze, Gewerbereferent in der BH Amstetten

Nach der Gewerberechtsverhandlung zur Betriebsanlagengenehmigung der CPO-Anlage und des Sondermüllzwischenlagers der Firma Rumpold GesmbH in Amstetten mußte der Anwalt, der als Vertreter von 92 AnrainerInnen auftrat, festhalten: "Die Verhandlungsführung des Behördenvertreters Dr. Lenze war schlichtweg skandalös, während die Sachverständigen und Vertreter der Firma Rumpold ungehindert das Wort ergreifen konnten, wurden die Anrainerinnen und Anrainer von Dr. Lenze angefahren, er versuchte, sie lächerlich zu machen und als dumm hinzustellen." Gipfelpunkt des Verhaltens war, daß Dr. Lenze den Rechtsanwalt anlog, indem er erklärte, daß eine bestimmte Äußerung von ihm protokolliert wurde, obwohl sich dies nachträglich als unzutreffend herausstellte. Der Anwalt kam zu folgendem Schluß: "Dr. Lenze gehört zu jener Spezies von Beamten, die glauben, daß die Menschen in ihrem Land Untertanen sind und in ihrer selbstherrlichen Art vermeinen, daß sie selbst am besten wüßten, was für die Menschen gut wäre. Das Verhalten von Dr. Lenze ist jedenfalls nicht dazu angetan, das fehlende Vertrauen der Bevölkerung in die Behörden im Bereich des Umweltschutzes zu verstärken. Er macht durch sein Verhalten vielmehr deutlich, daß in Sachen Umweltschutz nur die Betroffenen selbst verantwortungsbewußt und kritisch handeln."

Allerorten wird der Bürgernähe das Wort geredet, im Regierungsübereinkommen der SPÖ und ÖVP wird wiederum eine Verstärkung der Partizipationsmöglichkeiten an Verwaltungsverfahren angekündigt. Dem gegenüber stehen Teile der Beamtenschaft, die allzuoft ausgesprochen parteilich zugunsten der Anlagenbetreiber sind und keinerlei Achtung gegenüber den von Wirtschaftstätigkeiten in negativer Weise betroffenen Bürger und Bürgerinnen zeigen. Sie werden in der Verhandlung lediglich als Hindernis gesehen, ein Wortergreifen wird als ungebührlich hingestellt. Diese geradezu gewalttätige autoritäre Haltung ist oft Ausdruck einer mangelnden Gesetzeskenntnis: Der vorgelegte Interessenskonflikt zwischen Anlagenbetreibern und den von den Emissionen Betroffenen wird nicht anhand des Gesetzes gelöst sondern durch einseitiges "Drüberfahren".

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

ANFRAGE:

1. Welche Maßnahmen können Sie als oberste Gewerbebehörde gegen das nachbarfeindliche Verhalten von Organen beim Vollzug der Gewerbeordnung auf Ebene der Bezirkshauptmannschaften und Ämtern der Landesregierungen setzen?
2. Was haben Sie bisher getan, um ein bürgerfreundliches und damit gesetzmäßiges Verhalten der Beamten gegenüber Nachbarn von Gewerbe- und Industrieanlagen zu fördern? Welche konkreten Schritte werden Sie im Fall Dr. Lenze unternehmen?